

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen für die
Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Lueders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haf,
8. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Zempel-
steuer 21 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
18 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, im Kgr. Sachsen
u. Grstb. Sachs.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei- Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet. — Privat- und Vergütungsgeld.

Nr. 21.

Freitag 20 Februar.

1874.

Die Mandatsablehnung Johann Jacoby's

hat in der ganzen Partei einen ungünstigen Eindruck gemacht, ja selbst Blätter, wie die „Frankf. Zig.“ und der „Frankf. Beob.“ haben, obgleich sie den sozialistischen Standpunkt Jacoby's nicht theilen, nicht angestanden, seinen Schritt zu verurtheilen.

Der Gegensatz, in den sich Joh. Jacoby durch seine Mandatsablehnung zu der Gesamtheit seiner Parteigenossen und speziell der Wähler gesetzt hat, veranlaßt uns, die von ihm angeführten Gründe einer kurzen Kritik zu unterziehen.

Johann Jacoby beruft sich auf den feierlichen Einspruch, den er gegen die Norddeutsche Bundesverfassung, die jetzt „Reichsverfassung“ genannt werde, sei-erzeit im preussischen Abgeordnetenhaus erhoben habe, auf die Verleumdung einer Politik, die es für möglich erachtet, durch Gewaltmittel eine dauernde Einigung der deutschen Volkstämme herbeizuführen, und auf die Unmöglichkeit, auf parlamentarischem Wege einen Militärsaat in einen Volksstaat umzugestalten.

Aber diese Gründe rechtfertigen die Mandatsablehnung nicht. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat nie einen Augenblick daran gezweifelt, daß die in Deutschland durchgeführte Gemaltpolitik eine demokratische Einigung Deutschlands vorläufig verhinderte, sie hat diese Politik, so wenig wie Jacoby gebilligt, sie hat auch nie den Glauben gehabt, daß schließlich auf parlamentarischem Wege sich ihr Programm endgültig verwirklichen lasse. Aber sie hat auch nie sich verheißt, daß die durch die Bismarck'sche Politik hervorgerufenen politischen Zustände die Entwicklung unserer gesellschaftlichen Zustände verzögern und, da sie einmal vorhanden sind, von uns nicht ignoriert werden können, ohne daß wir uns selbst schädigen. Diese Zustände sind nicht unser Ideal, sie sind im Gegenteil, wie das auch im Punkt 1 des Eisenacher Programms auf das schärfste betont ist, uns feindlich und deshalb auf das entschiedenste zu bekämpfen; aber diese Zustände sind einmal der unabänderliche Durchgangspunkt, den wir passieren müssen, um unser Ideal zu erreichen. Mit bloßem Protestiren und die Hände in den Schößen legen schaffen wir sie nicht aus der Welt, das Ignoriren hilft uns auch nicht, denn ihre eiserne Schwere lastet schließlich auf uns und sie wird nicht vermindert oder beseitigt, wenn wir uns nicht rühren und die Waffen nicht zu schmieden suchen, um sie zu bekämpfen.

Nur Protestiren und Nichts thun, heißt sich freiwillig mit gebundenen Händen dem Feinde überliefern, heißt sich politisch todt erklären, heißt das wirksamste Mittel der Bekämpfung, das wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen besitzen, zurückweisen und jede Befreiung von dem jetzt auf uns lastenden Joch unmöglich machen. Das Volk versteht auch eine solche Enthaltenspolitik nicht. Sein gesunder politischer Instinkt sagt ihm, daß mit dem eifrigen Protestiren nichts gewonnen ist, daß dadurch weder die herrschende Gewalt in ihrem Knechtsthum und Ausbeutungssystem sich im Gegentheil fördern läßt, noch für es je der Tag herbeigeführt wird, wo es bessere Zustände erhält. Das Volk als lebendes Wesen verlangt zu handeln, und lehnen die- nigen, in die es sein Vertrauen gesetzt, ab, es zu führen und zu leiten, die Wege zu zeigen, dann wird es sich neuen annehmen, die ihm die Wege in seinem Interesse zu handeln. So wird in Folge der Abwesenheit seiner wirklichen Freunde das Volk durch seine verneinlichen Freunde nur noch tiefer in die Knechtschaft geführt.

Hätte die Partei sich die Politik der Enthaltenspolitik inne gehalten, welche Johann Jacoby heute beobachtet, die Partei wäre nicht, was sie ist, und Joh. Jacoby würde schwerlich in die Lage gekommen sein, eine Wahl ablehnen zu können. Ja, hätte Joh. Jacoby selbst die Politik sich befolgt, welche er heute für die Partei hält, sein Name wäre nicht der, welcher er heute ist. Oder hätte eine parlamentarische Thätigkeit auf Grund eines Dreiklassenwahlsystems und einer nicht zu Recht bestehenden Verfassung, wie die preussische, ein besseres Feld für die politische und die soziale Kampfbereitschaft geboten haben, als der frühere Norddeutsche Reichstag? Wir können dies nicht sehen. Der Ursprung der preussischen Verfassung ist doch um ein Haar legitimer, wie derjenige der Deutschen Reichsverfassung. Die vollstehende Gewalt hat hier wie dort als Geburtsheifer an der Wiege gestanden, und das nach dem Dreiklassenwahlsystem gewählte Abgeordnetenhaus mit seinem Vermund, dem Herrscher, hat schließlich einen besseren Boden für Bekämpfung der Volksherrschaft geliefert, wie der nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählte Reichstag mit seinem Vermund, dem Bundesrath.

Wie wir nun die Ablehnung des Reichstagsmandats seitens Joh. Jacoby's als einen Fehler und mit seiner eigenen früheren unzulässigen parlamentarischen Thätigkeit im Widerspruch stehend betrachten, so betrachten wir auch die Art und Gelegenheit der Ablehnung für incorrect.

Wenn er sagt: „Die Aufstellung meiner Candidatur für den Reichstag ist demnach als entschiedener Protest anzusehen gegen die deutsche Reichsverfassung, wie gegen das ganze jetzt herrschende System,“ so ist gegen diese Worte nichts einzuwenden, so lange man nicht die Deutung gegeben wird, daß damit die Einhaltung des Reichstags gemeint sei. In diesem letzteren Sinne ist seine Candidatur von keinem Einzigen in der ganzen Partei aufgestellt worden. Würde er diese Deutung seiner Candidatur von der Partei bestimmt und ausdrücklich gegeben haben, dann unterläßt es keinem Zweifel, daß er sicher da nicht aufgestellt worden wäre, wo man an die Möglichkeit eines Sieges dachte. Der Vorbehalt über Annahme oder Ablehnung des Mandats konnte nur so aufgelöst werden, als sei er eine Reserve, falls eine mehrmalige Wahl eintrete, sich den geeigneten Be-

zirk anzuwählen zu können. Es mußte so aufgefaßt werden, weil man nicht annehmen konnte, daß Joh. Jacoby eine ernstliche Candidatur annehmen werde, indem er wußte, daß es der Partei nicht um formelle Protestwahlen, sondern um Siege für die Ausübung einer praktischen agitatorischen Thätigkeit im Reichstag im Sinne unseres Programms zu thun war. Auch ist die Partei auch materiell nicht so gestellt, um den Vorzug einer Doppelwahl sich zu erlauben, abgesehen davon, daß die Ablehnung eines Mandats auf die kaum und mühsam gewonnenen Wähler den allerungünstigsten Eindruck machen und das Wahlcomité in den Verdacht bringen mußte, als habe es absichtlich den wahren Standpunkt seines Candidaten verheimlicht.

So hat die Ablehnung des Mandats seitens Joh. Jacoby's in der eigenen Partei nach allen Seiten hin Mißstimmung erregt, bei den Gegnern aber, die über die Wahl des alten Freiheitkämpfers erschrocken und bestürzt waren, die größte Freude hervorgerufen. Namentlich bei denen, welche als ehemalige Gesinnungsgenossen und Wüthlings Jacoby's sein persönliches Erscheinen als ein beständiger Vorwurf der Verleugnung früherer Grundsätze beunruhigen mußte.

An der Partei wird es sein, die erlittene Schlappe nach besten Kräften bei der bevorstehenden Wahl auszuweichen.

Politische Uebersicht.

„Glauben Sie, daß anständige Leute für mich schreiben,“ warf Fürst Bismarck einst als „gefälschtes Wort“ hin, dem er später das dazu passende von den „Saubriten“ nachsagen ließ. Er wird jetzt durch die Lamarmora-Polemik wohl auch zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß den „Leuten“ die für ihn schreiben, noch etwas Anders abgeht, als die „Anständigkeit“, und daß sie wirklich das Geld nicht werth sind, das ihnen aus dem Reptilienfonds so freigebig gezahlt wird. Schreibt z. B. einer dieser „Leute“, und zwar einer der vornehmsten, in dem Bismarck'schen Leiborgon, der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom vorigen Mittwoch, an den berühmtesten Vorschlägen zur Annexion Belgiens an Frankreich, die bei Eröffnung des „heiligen Krieges“ eine so bedenkliche Rolle spielten, sei Fürst Bismarck ganz ungeschuldig gewesen, dieselben seien von Bonaparte gemacht und von Fürst Bismarck natürlich („bilateral“) zurückgewiesen worden. Zum Beweis der französischen Ueberheberschaft des sauberen Plans führt das Norddeutsche Preßblatt eine im heiligen Kriege erbeutete französische Instruktion für Hr. Benedetti vom 16. August 1866 an, sowie einen von Benedetti's Hand geschriebenen Bericht vom 23. August 1866 mit dem gleichfalls von Benedetti geschriebenen und mit Randbemerkungen in Bonaparte's Handschrift versehenen Vertragsentwurf zur Annexion Belgiens an Frankreich. Kein Zweifel, beide Aktenstücke sind echt; wir kennen Bonaparte zu gut, und haben außerdem zu viel Lebensart, um sie „genial“ für „dreiste Fälschungen“ zu erklären. Wir wollen auch nicht die verhängliche Frage stellen, warum Fürst Bismarck volle vier Jahre lang eine Ablehnung des sauberen Planes hinausgeschob. Aber was wir fragen, ist: wie konnte er es erlauben, daß diese heile Angelegenheit jetzt, und mit solch bodenloser Ungeschicklichkeit wieder hervorgezogen wurde? Offenbar sollte dadurch der neueste Hieb Lamarmora's parirt werden. Lamarmora hat sich nämlich „erdreist“, nicht nur die Rechte der sauberen Gouvone'schen Depesche amtlich festzustellen, sondern auch mehrere in dem bisherigen Abdruck der Depesche vorhandene Lücken zu ergänzen, und zwar die eine dahin, daß Fürst Bismarck die Absicht in den Mund gelegt wird, Bonaparte durch die französisch redenden Theile Belgiens und der Schweiz zu entschädigen.“ Der betreffende Depesche Gouvone's trägt aber das Datum des 3. Juni 1866, ist also dritthalb Monate vor den Aktenstücken geschrieben, welche das Norddeutsche Allgemeine Preßblatt für die französische Ueberheberschaft des sauberen Planes, und die engelstaste Unschuld des Fürsten Bismarck zitiert! Doch das ist nicht Alles. In dem Lamarmora'schen Buche, dessen Altermäßigkeit nun über jedem Zweifel feststeht, findet sich, Seite 288 ff. der Reizur Uebersetzung, eine andere Depesche Gouvone's, in der folgende Stelle vorkommt: „Graf Bismarck erwiderte: Es handelt sich schließlich für Preußen in dieser ganzen Angelegenheit (dem geplanten Krieg gegen Oesterreich) darum, ein Uebergewicht in einem Theile Deutschlands zu erwerben, und letzteres mit gegebenen Banden an sich zu fesseln. Kann es, Preußen, kann er, der König, um solche Vortheile zu erlangen, ausgedehnte Provinzen mit deutschem Blute an Frankreich abtreten? Es würde dem Kaiser (Bonaparte) viel besser anstehen, . . . zu erwerben. Ich (Gouvone) erwiderte, daß die Erwerbung . . . welches ein so ruhendes nationales Leben und ein so reges Selbstständigkeitsgefühl besitze, so schwierig sein könnte, daß es dem Kaiser (Bonaparte) nicht danach gelüste.“ — Aus dem italienischen Text erhellt, daß der Name des Landes, welches Fürst Bismarck hier als Entschädigungsobjekt für Frankreich anbot, männlichen Geschlechts ist, und durch einen fatalen Zufall in Belgien das einzige in Frage kommen lösende Land, das in der italienischen Sprache einen Namen männlichen Geschlechts hat. Diese Depesche ist aber am 22. Mai geschrieben. Wahrhaftig, Benedetti kommt noch zu Ehren. Und Fürst Bismarck?

Der „Fortschritt“, wie er sich rückwärts concentriert. Der Abgeordnete Sonnemann beabsichtigt im Reichstage eine Interpellation über die ungeheuerlichen Wahlstandale einzu-

bringen, die in der letzten Periode vorgekommen sind. Dieselbe lautet:

„Das Reglement für die Ausführung des Wahlgesezes zum deutschen Reichstage vom 28. Mai 1870 hat sich, wie viele Vorkommnisse bei den jüngsten Reichstagswahlen zeigen, in mehrfacher Beziehung als unzureichend und mangelhaft erwiesen. Das Verfahren, welches behufs Aufstellung der Wählerlisten beobachtet wird, hat fast nirgends zu einer Herstellung vollständiger und fehlerfreier Listen geführt. Die im § 2 vorgeschriebene Auslegung der Wählerlisten wurde von den Gemeindevorständen in sehr verschiedenartiger Weise aufgefaßt. Die Bestimmung des Wahlgesezes in § 3 al. 3 bezüglich der Personen welche „eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern beziehen“, ließ ebenfalls eine gleichmäßige Interpretation in den verschiedenen Bundesstaaten vermissen. Die Vorschrift des § 19 über die Stimmscheine bedürfen jedenfalls einer Ergänzung und Präcisirung. Gegen die Bestimmung des § 14 des Wahlgesezes, welche vorschreibt, daß Abwesende nicht durch Stellvertreter an der Wahl teilnehmen können, ist vielfach verstoßen worden, und es dürfte zu erwägen sein, ob hier nicht eine Abhilfe möglich ist. Ferner dürfte die Vertheilung von Wählerkarten, welche sich bei Communalwahlen an verschiedenen Orten sehr gut bewährt haben, manche Mängel beseitigen. Endlich dürfte die Frage zu untersuchen sein, ob nicht, wie in Elsaß-Lothringen bereits geschehen, die Anberaumung der Wahlen auf einen Sonntag das geeignete Mittel ist, um allen Wählern die Ausübung ihres Wahlrechts möglich zu machen. Dem Bundesrath ist es unzweifelhaft nicht entgangen, daß in den angeführten und in anderen Punkten das Wahlgesezes einer gründlichen Revision dringend bedarf. Die Interpellanten richten daher an den Herrn Reichskanzler die Anfrage: Beabsichtigt die Reichsregierung, mit Beziehung auf § 16 des Wahlgesezes vom 31. Mai 1869 eine Vorlage über die Abänderung des Wahlgesezes vom 28. Mai 1870 dem Reichstage zur Genehmigung zu unterbreiten?“

Obwohl dies Schriftstück, namentlich was die Armenunterstützungen betrifft, noch lange nicht klar genug gefaßt ist, so kann doch Niemand, der die Wahl als einen ersten politischen Akt und nicht als eine Komödie betrachtet, einer solchen Interpellation seine Unterstützung versagen und wer der letzten Wahlbewegung nur ein wenig nahe gestanden hat, der sollte bezweifeln, daß eine solche Interpellation im allgemeinen Interesse der gesammten Wählerschaft auch dringend nothwendig ist. Da die Unterstützung der Sozialdemokratie nicht ausreichte, um die Interpellation vor-schriftsmäßig einbringen zu können, wendete sich Sonnemann an die Fortschrittspartei. Aber diese Herren, die doch „fortschreiten“ wollen, wenn man sie hört, hatten kein Interesse für das so schände mit Fügen getretene Wahlrecht. Sonnemann fand die nötige Unterstützung seiner Interpellation nicht bei jenen Leuten, welche auch eine „Opposition“ — freilich Sr. Majestät allergerne- tene — bilden wollen. Dunkel und Genossen, die wieder circa 12000 Arbeiter aus den Gewerkschaften gegängelt und sich während der Wahl als „Arbeiterfreunde“ aufgespielt haben, waren nicht zur Hand, als es galt, Bewahrung einzulegen gegen die Verklammerung des allgemeinen Wahlrechts, der einzigen politischen Waffe der Arbeiterklasse. Die Soireen des Herrn von Bismarck thun eben heutzutage bessere Wirkung bei den Herren „Vollvertretern“, als das Pflichtbewußtsein. Der Name „Fortschrittspartei“ ist ein elender Schwindel und die Arbeiterklasse ist von Neuem vollberechtigt, denjenigen als Lügner und Heuchler zu brandmarken, der ihr weiß machen will, daß die Fortschrittspartei etwas Anderes sei als eine falsche Clique, die je nachdem sie es braucht, mit gleichnerischen Phrasen um sich wirft oder das Volk betrügt und verräth.

Wenn die sozialdemokratische Presse gegen irgend einen Paragraphen des heiligen Reichstagsgesetzbuches verstößt, geht sofort eine Jagd los — wir wissen aus unserer Praxis mit Belegen zu dienen — daß man glauben sollte, der wilde Jäger selig sei mit Hahali! in das Jagdgebiet der Presse eingebrochen. Da wird ohne viel zu fragen das staatsgefährliche Stück Papier confiscirt und manfotob gemacht oder eingestampft, der Untersuchungsrichter kriegt den Redacteur beim Ohr, das Redactions- und Druckerpersonal wird vernommen, der Staatsanwalt schreiet mit Dampfgeschwindigkeit die Anklage und der arme Redacteur wird verdunnert und ins Loch gesteckt, daß ein Stieber seine Freude daran haben mag. Hintendrin schindet der Exaltator die „Kosten“ heraus. Wenn aber ein „liberales“ Blatt über den Strang haut, da ist die Preßpolizei sein anständig; während sie bei den Sozialdemokraten, um mit Luther zu reden, sich wie „mit Kotten und Teufeln“ herumschlägt, fährt sie bei den „reichstreuern“ Philistern, gleich dem weiland schweinsledernen Melanchthon, „sein säubelich“ daber. Am galantesten ist die Polizei gegen die notorischen Narrenblätter, was eine Correspondenz der „Dresdner (Reptilien-) Presse“ aus Leipzig zur Genüge beweist. Dasselbst heißt es: „Nach einer mir von guter Hand zugehenden Mittheilung ist der hiesigen Carnevalgesellschaft von Seiten der Polizeibehörde bedeutet worden, daß sie durch den Inhalt der Nr. 3 des „Kärntner Volksblattes aus Sachsen“ (des Organs einer „li cralen“ Clique, welche polizeiwidriger Weise nicht ins Narrenhaus gesperrt wird. Red. d. „B.“), insbesondere durch den „Jahresbericht über die Geschäftsthätigkeit der Mutter Gottes zu Philippdorf“ die Grenzen der Preßfreiheit überschritten habe (Also die Besorger sind verlegt. Red. d. „B.“) und daß sie sich in Zukunft etwas mehr Schonung der Sitten und Gebräuche der katholischen Kirche beflüssigen möge, widrigenfalls Einschreiten zu gewärtigen sei.“

Der Unterschied ist deutlich. Wie übrigens aus der Correspondenz zu ersehen, führt das Leipziger Narrenblatt ganz genau denselben „Kulturkampf“, wie der große Bismarck und der „Volkst“ Fald. Wir gratulieren den Beiden zu solcher Gesellschaft und wissen ganz genau, wem zu Gefallen die Leipziger Polizei das kulturkämpferische Narrenblatt erst verwarnt hat. Leute, besonders von der Presse, die weniger starkköpfig sind, als wir, mögen sich den Fall merken, denn wer da haben will, daß ihm die „hohe Polizei“ gnädig ist, der braucht bloß ein Narr zu werden. Auch die Gnade des „Höheren, der noch waltet“ im Reiche der Reptilien, kann auf diesem Wege erworben werden. Probatum est! Die Leipziger Narren haben's schon so weit gebracht!

— Denunzianten-Blödsinn. — „Allerdings wird die sozialdemokratische Partei“, so schreibt die „Concordia“ (Nr. 7) anlässlich der Wahlen in einem Artikel, betitelt: Das Wachstum der Sozialdemokratie, „allerdings wird die Partei, mit der steigenden Aussicht, durch das allgemeine Stimmrecht Einfluß auf die Gesetzgebung zu erhalten, auch den Gedanken an einen gewalttätigen Umsturz mehr in den Hintergrund schieben; Symptome einer solchen Wendung machen sich sogar schon jetzt, unter dem Eindruck der letzten, noch immer sehr bescheidenen Wahlstege, bemerklich.“ (Folgt ein Auszug aus dem Artikel über die Reichstagswahlen in der Nummer des „Volkstaat“ vom 30. Januar.)

So die „Concordia“. In diesen wenigen Zeilen sagt die „Concordia“, 1) daß unsere Partei den „Gedanken des gewalttätigen Umsturzes“ habe, — das ist denunziatorisch; 2) daß jetzt eine „Wendung“ in der Anschauungsweise und Taktik der sozialdemokratischen Partei sich bemerklich mache, — das ist eine Unwahrheit; und 3) daß diese angebliche „Wendung“ in Folge unserer (freilich noch immer sehr bescheidenen) „Wahlstege“ eingetreten sei — das ist Blödsinn. Was die in dem von der „Concordia“ citirten Artikel des „Volkstaat“ ausgesprochene Ansicht betrifft, so ist dieselbe, ehe man an die jüngsten „Wahlstege“ dachte, schon hundertmal im „Volkstaat“ ausgesprochen, und bildete während des Leipziger Hochverratsprozesses, wie männiglich bekannt ist, den von der Anklage auch nicht aufs Feinste erschütterten Angelpunkt der Vertheidigung. Daß die „Concordia“ und trotz dieser unserer unzweideutigen Erklärungen gewaltthätiger Pläne bezichtigt, zeigt eben ihren Denunziantencharakter. Nun — sie möge fortfahren, zu denunzieren. Aber könnte sie das Geschäft nicht mit etwas mehr Geschick besorgen? Jedenfalls merke sie sich Eins: Wenn unsere Partei den Gedanken des gewalttätigen Umsturzes in ihrem Programm hat, wird sie ihn nach ihren „Wahlsteigen“ gewiß erst recht zu Tage treten lassen. Seit wann haben „Siege“ eine entmutigende Wirkung? Also aufgepaßt: Nun wird sich sicherlich Gelegenheit bieten, uns ans staatsanwaltliche Messer (oder an die Bismarck'sche Papierscheere) zu liefern. Jetzt zeigen Sie, was Sie leisten können, Hr. Schulze von Ratzeburg und Sie, braver Hr. Nagel in Berlin!

— Ein „Stoß-ins-Herz“-Scherz. Die „genialen“ Jagendübenden der Blut- und Eisenpolitik fingen an, ihr unbedeutsames zu werden. Das Sündigen ist bekanntlich ein schön Ding, schade nur, daß es Folgen hat, die nicht immer schön sind. Das gilt leider auch in der Politik. Einem Erb- oder Nicht-Erbfeind ein Bein stellen, ihn zu Boden werfen und mit heiligen Rindnadeln und Stahlkanonen so bearbeiten, daß er auf Jahre hinaus an der Krücke gehn muß, wäre das herrlichste und lohnendste Spiel von der Welt, wenn man dem so Traktirten während der Operation einen Zauberkraut eingießen könnte, der ihm das Unangenehme der Kur vergessen ließe und mit zärtlicher Liebe für den betreffenden Doktor Eisenbart erfüllte. Unglücklicherweise ist dieser Zauberkraut noch nicht entdeckt, und die Geprügelten pflegen sich der empfangenen Prügel zu erinnern und sie auf's Kerbholz zu schnitten. In solcher Lage befindet sich jetzt u. A. Oesterreich dem „guten Bruder“ in Berlin gegenüber. Zu den häßlichsten Erinnerungen des Jahres 1866 gehört bekanntlich die faule Ufedom'sche Stoß-ins-Herznote, die während von dem Erzherzoglich-Lamarmora aus seiner Pandorabüchse gezogen wurde. Als „dreifache Fälschung“ ließ sie sich nicht hinstellen, nicht einmal vor einem Parlament von Pestern. Vergessen kann man sie nicht in Wien, und doch ist es gerade im jetzigen Moment, wo der „große“ Staatsprinzenmeister sich dem nervenstärkenden Vergnügen, „kalte Wasserstrahlen“ zu versenden, ergeben hat, dringend notwendig, daß an der Donau eine für diesen Sport geeignete Temperatur herrsche. Was thun? Wohlan, wir sind nicht umsonst „genial“. Graf Ufedom, Verfasser der Stoß-ins-Herznote, muß aus der Verlegenheit helfen. Der Speer des Achilles hatte die wunderthätige Eigenschaft, die Wunden zu heilen, welche er zugefügt. Warum sollte die Feder Ufedom's nicht die nämliche Eigenschaft haben? Gedacht, gethan. Ufedom erhält Befehl, das Wunder zu thun, und er thut es. Im Bismarck'schen Leiborgan vom vorigen Freitag veröffentlicht er eine lange Epistel, worin er erklärt, er habe die Stoß-ins-Herznote „spät Abends ganz eilig niedergeschrieben“, er habe ganz auf eigene Faust gehandelt, der „Stoß ins Herz“, „mit dem viel falsches Wortspiel getrieben worden“, sei nur „ein ganz gewöhnlicher Ausdruck, der in jedem Militärbuch wiederkehrt.“ — Kurz die Stoß-ins-Herznote sei nichts anderes gewesen, als ein harmloses Späßchen, das er sich „spät Abends“ am 17. Juni des wilden Jahres 1866 erlaubt habe! Nicht wahr, das ist „genial“? Bleibt abzuwarten, was man in Wien zu dem Späßchen sagen wird. Vielleicht, daß es nicht ganz original und dem Walter Scott'schen Roman „Quentin Durward“ entwendet ist. König Ludwig der Erste von Frankreich, der darin vorkommt, hat zwei Scharfrichter: Einen, der mit seinen „Patienten“ weint, und Einen, der mit ihnen lacht. Letzterer ein gar humoristischer Geselle; noch auf der Galgenleiter reißt er die köstlichsten Witze. „Wozu dich sträuben, lieber Freund? Das Sterben ist ja ein Vergnügen. Es öffnet dir die Pforten des Lebens (die berühmte Bismarck'sche „Janna vitae“). Ich bin dein bester Freund; ich meine es so gut. Flugs den Hals her, damit ich dich mit dem Straß ein Wischen kipeln kann. Denk doch, wie komisch der Sprung von der Leiter ist, und wie lächerlich es aussieht, wenn du in der Luft zappelst. Nur munter, mein Vürchchen! Es geschieht alles bloß, um dich zu amüsiren! Bin ich nicht ein guter Kerl, daß ich dir dieses Plaisir mache?“ Und was für ein guter Kerl doch dieser Ufedom ist, und was für ein Plaisir, einen freundlichen, brüderlichen „Stoß ins Herz“ von ihm zu erhalten — auf Befehl Ludwigs des Ersten, Pardon, wir wollten sagen: eines „genialen Staatsmannes“!

Späß bei Seite, das nennt sich „Politik“, „geniale“ Politik! — Aus dem Preshureau des Herrn Regid i zu Berlin ist der „Magdeburgerischen Zeitung“ eine Arbeit zugegangen, worin es heißt:

„Dem Abg. Sonnemann fehlten bis zum Schluß der heutigen Reichstags-Sitzung noch fünf Unterschriften zur Unterstützung seines Antrages auf Freilassung der Herren Zebel und Liebknecht. Sollten morgen die Elsaß-Pöthlinger ins Haus treten, so dürften sie die fehlenden Unterschriften ergänzen. Damit ist die Stellung charakterisirt, welche nicht nur dieser Antrag, sondern auch die parlamentarische Verfassungsänderung gegenüber den Majoritätsparteien des Hauses einnimmt. Wohl hören wir, daß in einigen Fraktionsversammlungen des Reichstages der Vorschlag gemacht wurde, den Artikel 31 der Verfassung dahin zu ändern, daß auf Verlangen des Reichstages jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchung- oder Civil- oder Strafsache für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werde. Aber überwiegend macht sich die Ansicht geltend, daß, auf den vorliegenden Fall angewendet, die Mehrzahl des Reichstages sich nicht entschließen wird, dieser Verfassungsänderung ihre Zustimmung zu geben. Seiner Zeit ist auch von liberaler Seite auf das Tendenziöse des Zebel-Liebknecht'schen Prozesses hingewiesen worden, und man verkennt auch nicht, daß zwischen dem Verfassungsrecht und dem Rechte des Gewählten, sowie seiner Wähler auf die Vertretung im Reichstage ein Widerspruch besteht. Aber das Gesetz hat gesprochen, und der Moment der Aenderung desselben ist deshalb noch nicht (aha!) gekommen, weil die Bundesregierungen mit Hinblick auf den vorliegenden Fall ihre Zustimmung ohne Weiteres versagen würden. Die Partei der Herren Zebel-Liebknecht wird indessen im Reichstage ihre Demonstration mit den „Sefangenen von Hubertusburg“ in Scene setzen, und das ist es doch, worauf es zunächst ankommt.“

Die alte Leier: „Alles recht gut und schön, aber — bei Sozialdemokraten paßt es nicht.“ Das ist überhaupt die Moral jenes politischen Eranthentums, welches ja vorzugsweise von der Magdeburgerin vertreten wird. Das Geständnis, welches der Magdeburgerin, die sonst nicht genug von des Reiches Herrlichkeit faheln kann, bei dieser Gelegenheit entschlüpfte, dürfte ein weiterer Beweis sein, wie tief geistlich versumpft unsere Philister sind, die gleich der Magdeburgerin auf der Bierbank und auf dem Papier den Franzosen und den Pfaffen tagtäglich noch „glorreiche Schlachten“ liefern, denn die Magdeburgerin entschuldigt sich bereits mit dem herrschenden Absolutismus. Das Gesetz kann noch nicht geändert werden, sagt sie, weil die Bundesregierungen „im vorliegenden Fall“ ihre Zustimmung versagen würden. Also beweist ihr selbst, daß ihr elend gelogen habt, als ihr dem guten „Volke“ von einem „Rechtsstaat“ vorwandtet; ihr zeigt selbst, daß ihr erbärmlich gehenehelt habt, als ihr behauptetet, daß es „durch Einheit zur Freiheit“ gehe, und ihr beschwändelt heute noch eure geduldrigen Zuhörer, indem ihr vom „freirechtlichen Ausbau des Reiches“ redet und doch wißt, daß ihr gänzlich auf den Hund gekommen seid, daß ihr geknacktet seid unter die „Hastimmung“ einer Regierung. Und dabei müßt ihr von „Demonstrationen“ in pathetisch-schulmeisterlichem Tone reden? Nun, liebe Magdeburgerin, die du den Kulturkampf „von ganzer Seele“ mitkämpfst, sage uns doch, welche „Demonstrationen“ einem vernünftigen Menschen läppisch vorkommen müssen: erste „Demonstrationen“ im Parlamente zu Berlin oder die „Demonstrationen“ kulturkämpferischer Exultoren im Pferdestall und in der Remise des Erzbischofs Ledochowski?

— Da verschiedene Blätter den Herrn Emil Kästel (hochpoetisch Raphael Schütz), der demnächst nach Hubertusburg eingeliefert werden wird, als ein Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei vorstellen, so sehen wir uns veranlaßt, zu erklären, daß wir mit diesem Herrn gar nichts zu thun haben. Die Beziehungen zu demselben wurden sofort abgebrochen, als bekannt ward, daß er die Broschüren Diezgen's in verschiedenen Vorträgen für sein „geistiges Eigentum“ ausgab und von einer Wiederherstellung jener Beziehungen kann um so weniger die Rede sein, als Herr Kästel in München durch Schwindelereien als „Ritter des eisernen Kreuzes“ die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich gezogen und dadurch seine Verhaftung bewirkt hat.

— Den Wählern des 12. sächsischen Wahlkreises Leipzig und des 23. sächsischen Bezirks Plauen zur Nachricht, daß ihre „freistimmigen“ Abgeordneten Dr. Stephani und Advokat Krause freischweg gegen den Antrag auf Diäten in einer der letzten Reichstags-Sitzungen stimmten.

— Im Dresdner Bezirksgerichtsgefängnis — Gifthöhle nennt es der Volksmund — werden in Kürze zwei unserer Parteigenossen Quartier haben, Dachsen und Kiemp. Dachsen sitzt in dem Loch bereits nahezu 2 Monate und hat noch 1 1/2 Monat darin zuzubringen. Das ist Staatshilfe!

— In verschiedenen Parteiorganen finden sich, als dem Wiener „Volkswille“ entnommen, Ausführungen über das Wesen des Bourgeoisozialismus, die allerdings sehr treffend sind, was aber nicht zu verwundern, da der fragliche Artikel ein unveränderter Abdruck aus dem „kommunistischen Manifest“ ist. Dem „Volkswille“ sind wir das Zeugniß schuldig, daß er die Duelle angegeben hatte.

Offene Antwort an Hrn. Kaplan Hohoff in Hülfe b. Hr. Oldendorf.

Mein Herr! Sie haben in Nr. 9 ein Schreiben veröffentlicht, worin Sie als ein „Diener der Kirche“ sich gegen die Angriffe zu vertheidigen suchen, welche ich in der von mir herausgegebenen Broschüre: „Die Thätigkeit des deutschen Reichstages 18.“ gegen die Kirche und die Religion überhaupt erhoben habe. Ihre Vertheidigung erheischt eine Antwort und zwar speziell von mir als Verfasser jener Broschüre. Erfolgte diese nicht eher, so wollen Sie dies durch ein längeres Unwohlsein entschuldigen, das mich am Schreiben verhindert, und fällt sie etwas lang aus, so mögen Sie daraus schließen, daß ich Ihre Einwände für wichtig und bedeutend genug hielt, um sie in einer längeren Ausführung zu widerlegen, wobei ich darauf rechne, daß auch die Mehrzahl derjenigen, die diese Erklärung lesen, etwas profitiren.

*) Nachdem wir selbst zu den Ausführungen des Hrn. Kaplan Hohoff Stellung genommen, geben wir dem Verfasser der Broschüre: „Die parlamentarische Thätigkeit 18.“ Raum. Obwohl dessen Antwort ziemlich lang ausgefallen, glauben wir doch, daß eine derartige Auseinandersetzung im Interesse der Partei liegt, da ja die religiösen Fragen bis jetzt nur selten berührt worden sind und es ganz gut ist, wenn die Sozialdemokratie ihren Standpunkt auch nach dieser Richtung klar und rückhaltlos darlegt. Die Red. des „Volkstaat“.

Sie fühlen sich durch die Stellen meiner Broschüre persönlich getroffen und verletzt, wozu Sie, wie Sie bei nochmaligem Durchlesen derselben vielleicht selber zugeben werden, keine Ursache haben. Ich habe kirchliche Personen nicht angegriffen, ich habe nirgend bestritten, daß es unter den „Dienern der Kirche“ auch eine Anzahl gäbe, die aus inniger, christlicher Ueberzeugung ihrem Berufe obliegen; ich konnte dies um so weniger, als ich einigermaßen bei Präparandenanstalten kenne, welche bestimmt sind, junge unbesangene und noch unwissende Gemüther zum „Dienste der Kirche“ zurecht zu leiten und zu erziehen. Ich gehe noch weiter, ich gebe zu, daß es Tausende von Männern giebt, selbst auf vorgeschrittener Bildungstufe, welche mit Leib und Seele der Kirche und ihren Lehren ergeben sind, daß es Tausende und Abertausende giebt und Millionen gegeben hat, welche durch große Opfer aller Art sich die Seelenheil bei der Kirche zu erkaufen suchten. Aber was beweist das gegen mich und meine Behauptungen? Einfach Nichts, absolute Nichts. Dieselbe Opferwilligkeit, Selbstopferung und Abcese, derselbe fanatische Glaube, mit welchem Millionen Menschen an dem Christentum gehangen haben und noch hängen, alle diese Eigenschaften haben Millionen Anhänger des Judenthums, des Lehres des Buddha, des Confucius, des Muhammed bewiesen, sie alle können mit demselben Rechte, wie Sie auf die Erfolge ihrer Religion, auf die Opfer ihrer Gläubigen hinweisen.

Wäre es möglich, statistisch festzustellen, in welcher Religion Millionen von Menschen am eifrigsten geglaubt und gestrebt, die größte Entfagung, die größte Selbstopferung, die größte Ausopferung stattgefunden hat, es unterläge keinem Zweifel, die Religion des Buddha würde in allen Beziehungen den Katholizismus und das Christentum überhaupt übertreffen.

Nach Ihrer Logik wäre es nun ungerecht, wollte ich dennoch behaupten, daß der Buddhismus trotzdem der Menschheit mehr geschadet als genützt und den Fortschritt aufgehalten habe. Selbst aber sind genöthigt, kraft der Lehren ihrer Kirche den Buddhismus als falsch, verkehrt, keiserlich zu betrachten, obgleich sie mit Leichtigkeit nachweisen läßt, was Moral und Sittenstreben betrifft, der Buddhismus nicht nur dem Christentum vollstänbig ebenbürtig ist, sondern die Moralsätze, kirchlichen Gebräuche und Dogmen aus dem älteren Buddhismus in das 400 Jahre jüngere Christentum herübergenommen sind.

Und hier kommen wir auf den Hauptkern der Frage. Was ist denn das Christentum? Antwort: Wie jede andere Religion ein von Menschen erfundene und aus älteren bereits bestehenden Religionen (ägyptischen, babylonischen, persischen, indischen) zusammengeplückte Glaubenslehre, die sich von den früheren Religionen nur dadurch unterscheidet, daß sie der vorgerückteren Bildungsstufe der Menschheit sich anpaßte, aber erst nach und nach zu dem jetzigen christlichen Religionsgebäude sich entwickelte und ihre Ausdehnung erlangte. Das Christentum ist so wenig der göttlichen Offenbarung entsprungen, wie die von mir vorhin bezeichneten Religionen deren Stifter ohne Ausnahme mit der gleichen Entschiedenheit ihre göttliche Sendung betonten, wie dies von dem mythischen Stifter der christlichen Religion geschehen sein soll. Und wie Hunderte von Millionen Anhänger beweisen, welche die Glaubenslehren des Buddha, Confucius und Muhammed gefunden haben mit demselben ja theilweise mit größerem Glauben an ihre Wahrscheinlichkeit.

Ich habe nicht, wie Sie von sich behaupten, die philosophischen Systeme von Sokrates und Pythagoras bis auf Schopenhauer, Feuerbach, Lassalle und Marx geprüft — wobei ich bemerken will, daß es den beiden letzteren nie eingefallen ist, ein philosophisches System zu bauen, sie haben Praktischeres gethan, und daß ein philosophisches System des Sokrates nicht existirt, denn Sokrates hat auch nicht eine Zeile hinterlassen, sondern was wir über seine Ansichten wissen, wissen wir durch seine Schüler, namentlich Platon, der ihn auch in seinem Hauptwerk „Der Staat“ als Hauptperson im Dialog einführt. Die philosophischen Systeme der Sokrates, Lassalle und Marx dürfen Sie also aus Ihrem Wissensschatz streichen. — Aber ich habe mich ein Bißchen um die Culturgeschichte und die Naturwissenschaften gekümmert und darnach gefunden, daß für ein denkwürdiges und wissenschaftlich gebildetes Hirn es etwas schwer sein muß, an den Katholizismus als „Beste und Vollkommenste“ zu glauben. Es mußte Ihnen so wie mir bekannt sein, daß die Gründungs- und Entwicklungsgeschichte, welche das Christentum durchgemacht, von nichts weiter als göttlicher Abstammung zeugt, daß der Zank, Hader, Streit gegenfeitige Verfolgungssucht unter den ersten Christen schon in abschaulichsten Weise sich breit machten, und in allen diesen „Tugenden“ jene voranzuziehen, welche als „Lehrer und Diener der Kirche“ mit dem entgegengesetzten Beispiel hätten vorangehen sollen.

Christus selbst, dessen Existenz sehr nebelhaft ist, von dessen Lehren und Reden auch nicht ein von ihm selbst geschriebenes Wort vorhanden ist, wurde erst später, nach seinem Tode, aus den Gemüthsheiten und Begriffen, welche das Volk aus dem Heidenthum herübergenommen hatte, als Gottmenschen verehrt. Jahrzehnte lang wüthete der Streit darüber, ob Christus Gott gewesen oder nur Gott ähnlich sei; erst im Jahre 325 wurde auf der Kirchenversammlung zu Nicäa, wo es wie auf dem polnischen Reichstage herging und die Vertreter der beiderseitigen Richtung in der Christenheit in Ermangelung von Gründen sich mit Wüthens und gegenseitigen Beschimpfungen bedienten, und als nicht mehr ziehen wollte, eine gründliche Prügelei vornahm, die Zweieinigleit von Gott und Christus endgültig festgestellt. Die christlichen Kämmerherren hatten das Bedürfnis, eine stehende Ansicht über das Verhältnis von Christus zu Gott schaffen, weil der Streit unter den Priestern auch die Kämmergriff und viele der Gescheidten und Denkenden stutzig machte. So war der erste große Schritt zur Begründung christlicher Kirche, d. h. zur Leihammelei der Massen im Dienste der christlichen Priester geschehen.

Im Widerspruch mit den Christen des Abendlandes hatte unter den Christen des Morgenlandes aber die Ansicht von Dreieinigheit des Gottes, wie sie in älteren Religionen sich ebenfalls gebildet hatte, entwickelt. Damit drohte eine neue Gefahr der Kirche, und so ward denn eilig, 56 Jahre später, im Jahre 381 auf der Kirchenversammlung zu Konstantinopel aus der Zweieinigleit eine Dreieinigleit geschaffen und der heilige Geist als Drittes im Bunde hinzugefügt. Das ist die sehr weltliche Geschichte göttlichen Dreieinigleit, des höchsten Dogmas der christlichen Kirche. Sie werden zugeben, Herr Kaplan, daß kein menschliche Vorgang wie die hier geschilderten, sehr schlecht geeignet sind, die Gläubigen an die Göttlichkeit des Christentums zu befestigen und daß sich eben nur aus der großen Unbildung der damaligen Zeit und der Unkenntnis, welche der Mensch über seine Beziehungen zu Natur und Naturereignissen hatte, und leider noch hat, klären läßt, daß ein so zusammengebrannter Glaube Millionen Anhänger gefunden hat. Millionen Anhänger, die bis auf heutigen Tag nur möglich waren, weil die so von den Kirchenversammlungen zusammengestellten, zusammengestrittenen und

*) Im Original gesperrt! D. Red.

sammengedruckten Dognen von Kirchen- und Staatswegen der Menschheit als „göttliche Offenbarungen“ eingebläuet und von der Muttermilch anernzogen wurden. Wenn es passiert, daß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch Hunderttausende von Köpfen sich über das neu aufgeheute Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes erheben, daß man sich nicht wundern, wie fast zwei Jahrtausende lang ein großer Theil der Menschheit an die göttliche Abstammung und Offenbarung des Christenthums glauben konnte.

Wie die heilige Dreieinigkeit erst durch die Priesterschaft geschaffen wurde, so erging es genau dem Heiligendienst. In den ersten Jahrhunderten wurden keine Bilder in den Kirchen gelitten, ja die Kirchenversammlung zu Elvira verbot sogar feierlich, „die Gegenstände der Verehrung und Anbetung an den Wänden abzumalen“. Eusebius und Chrysostomus, zwei berühmte Kirchenväter, die um 390 nach Christi lebten, bezeichneten den Bildergebrauch als Götzendienst, und doch ist später die Heiligenanbetung und der Bilder- und Reliquiendienst in der christlichen Kirche so schlimm wie unter den schlimmsten „Heiden“ getrieben worden und wird heute noch in der katholischen Kirche als Cultus gepflegt. (Schluß f.)

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Manufaktur, Fabrik- und Handarbeiter.

Die für den Lauf des Februar in Aussicht genommene Generalversammlung hat nach einstimmigem Beschluß in Rücksicht auf die durch den Reichstag veranlaßte anderweitige Thätigkeit des ersten Vorsitzenden, dessen Anwesenheit füglich nicht entbehrt werden könnte, auf unbestimmte Zeit verschoben werden müssen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Erimmitschau, 15. Februar 1874.

Für den Vorort: A. F. Coldig, 2. Vorsitzender.

Berein der deutschen Steinmehnen.

Berlin, 15. Februar. (Allgemeiner Bericht.) In den seit März vorigen Jahres schon bestehenden Mitgliedschaften Essen und Duisburg, sowie den seit Ende vorigen Jahres sich dem Verein angeschlossenen Mitgliedschaften Köln, Elberfeld, Düsseldorf und Ruhrort erblickten die Mehrzahl der in Rheinland und Westphalen befindlichen Steinhauereibesitzer in der Tendenz der Vereine eine derartige Gemeinjährlichkeit, daß sie es für dringend geboten hielten, mit vereinter Kraft den tiefstlichen Bestrebungen der Mitglieder den Vorschau zu machen.

Gewisse Herren aus Duisburg und Düsseldorf, die sich schon voriges Jahr bei den Gesellen sowie in der Öffentlichkeit arg blamirten, indem sie den Gesellen den verbienten Lohn nur derart anzahlten, daß es mitunter noch nicht einmal für Logis und Kost ausreichte; diese Herren stellten sich an die Spitze dieser Gesellenvereinigungs-Sprengungskolonnen und beriefen obige Besitzer zu Conferenzen zusammen, in denen denn auch der Arbeiterausbeutungs-Bruderkund für Rheinland und Westphalen zusammengeschlossen wurde, und fühle ich mich gedrungen, zur Kenntniß aller Steinmehnen sowie aller Arbeiter den Zweck dieses Bundes an das Tageslicht zu ziehen. Es heißt in § 1: Zweck des Bundes ist

- 1) Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch
 - a) Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen der Arbeitnehmer und festes Zusammenhalten der Arbeitgeber;
 - b) Feststellung der Arbeitszeit und des Tagelohns, was jeder Lokalverein (es sind deren 22 angegeben) nach seinen Ortsverhältnissen bestimmt;
 - c) Einführung von Entlassungsbescheiden bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses, ohne welche kein Arbeitnehmer in ein neues Arbeitsverhältnis von einem Bundesmitgliede aufgenommen werden kann;
- 2) gegenseitige Unterstützung der Arbeitgeber bei ausbrechenden Streiks der Arbeitnehmer durch Ueberlassung von Arbeitskräften, eventuell durch Ausführung der nothwendigsten Arbeiten eines oder mehrerer durch Streiks betroffenen Bundesmitglieder;
- 3) Hebung des sittlichen und moralischen Betragens der Arbeitnehmer durch Einführung gleichmäßiger allgemeiner Arbeitsreglements in allen Werkstätten;
- 4) Förderung der theoretischen und praktischen Ausbildung der Steinhauer durch Anhalten der Lehrlinge zum Besuch einer Sonntags- oder Handwerker-Fortbildungsschule, wo es irgend geboten ist.

Ueber das Obige überlasse ich die Kritik jedem rechtlich denkenden Menschen selbst, bemerke nur, daß wir seit langen Jahren die Teufel in Menschengestalt vollständig kennen gelernt haben. Nach Constituirung dieses Bundes erscholl denn auch gleich in Ruhrort, Düsseldorf und Duisburg von einzelnen der schon oben angeführten Herren das Commando: Ausrücken aus dem Steinhauereverein oder hinaus aus der Arbeit! Natürlich sind wir solche Handlungsweise seit vorigem Jahre aus Thüringen, Leipzig, Hamburg etc. schon gewöhnt und berührt dies uns und unsere Freunde wenig, da dennoch dort die größten Werkstätten für sozialdemokratische Steinmehnen offen stehen und sich die Besitzer derselben dem Arbeitgeberbunde nicht anschließen in der festen Ueberzeugung, daß bei solcher despotischer Handlungsweise die wahren Geschäftsinteressen geschädigt werden, indem der Frieden dadurch erst recht gestört wird. Den rheinischen Steinmehnen rufe ich aber nochmals zu: Halte fest am Bunde, mögen die Stürme kommen, wie sie wollen, die Ausbeutung muß beseitigt, die wahre Brudersliebe hergestellt werden.

So ist ebenfalls von Hildesheim zu berichten, daß durch nicht regelrechtes, aber doch von beiden Seiten vereinbartes Terminal-Lohnzahlen ein Platz-Streik entstand, welcher jedoch mit Befriedigung beider Theile beseitigt wurde. Doch verstanden es die Arbeitgeber bald darauf, drei verheiratete Kollegen, darunter den Bevollmächtigten, aus dem ganzen Orte hinauszumazügeln.

Ebenso kam uns von der Mitgliedschaft Rebra die Mittheilung zu, daß trotz des im Jan. 1873 vereinbarten Lohntarifs 2 1/2 Sgr. pro Tag in Abzug gebracht, sowie die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängert wurde. Als nun die Kollegen in besagter Angelegenheit um eine Unterredung mit ihrem Arbeitgeber baten, wurde ihnen der Bescheid, Feierabend zu machen. Möchten doch diese Dickhäute mit täglich 19 Sgr. 10 Pf. mit Frau und Kind zu existiren einmal den Versuch machen, auch wenn sie nicht mit ihrer Handkraft arbeiten. Die faule Raft würde sich bald legen; wie nun aber erst, wenn sie, wie diese, von Morgens früh bis Abends arbeiten müßten (Steinmehnarbeit ist bekanntlich eine der anstrengendsten). Kein Wunder also, wenn man, anstatt gefunder

kräftiger Gestalten, nur abgehärtet und abgezehrt Männer sieht. Wo kann da Friede und Eintracht in der Familie, wo Gesundheit und Erziehung der Kinder sein, wo die Frau selbst von früh bis Abends auf dem Felde oder anderwärts, vielleicht in der Fabrik, mit arbeiten muß. Währlich, Kollegen, dies ist das Loos eines Steinmehnen, mit 33 Jahr Durchschnittsalter ins Grab (die Kindersterblichkeit wird nicht dazu gerechnet, sonst würde das Durchschnittsalter noch bedeutend mehr sinken), und bei seinen Lebzeiten nicht einmal genug Brod für sich und die Familie schaffen zu können.

Bliden wir nach Hamburg, so sehen wir auch dort das schamloseste Vorgehen, die schamlosesten Maßregelungen gegen unsere Mitglieder. Die Ausbeutung wird in der kräftesten Form betrieben, Reiner soll müssen, auch wenn die Preise für die Arbeit noch so gering gezahlt werden. Von sittlichem Betragens seitens der Poliere und Arbeitgeber ist keine Spur. Die Versprechungen einer Erhöhung des Lohnes während unseres nur zu berechtigten Strikes, als man Leute in Essen, Würzburg und Ahlfeld anwarb, hielt man nicht. (Wo bleibt hier ein Wortbruchgesetz?) Die Agenten, in Person der Meister und Poliere, werden zum zweiten Male bei einer solchen Expedition schlecht fahren, auch wenn sie noch mehr als 27 Thlr. in der Schenke zum Bertrinken geben, man wird wohl trinken, jedoch nachher die Hunde loslassen. Selbst bei den Reichstagswahlen hat man sich nicht geschaut, das freie Recht des Arbeiters aufs tiefste zu verletzen.

Fahrt nur so fort, ihr Herren! Eure Ohnmacht wird sich bald zeigen; bildet Euch nur ein, die naturgemäße Entwicklung der Arbeiterklasse mit Tücker verachtungswürdigen Handlungsweise aufhalten zu wollen. Es wird der Tag der Bergeltung des bitter getäuschten und um sein Recht betrogenen Arbeiters kommen. Je mehr Verfolgungen, desto mehr Erfolge, und desto schneller am Ziele.

„Brecht das Doppeljoch entzwei,
Brecht die Roth der Sklaverei,
Brecht die Sklaverei der Roth!
Brod ist Freiheit, Freiheit Brod.“

A. Zabel, Vorsitzender,
Weinbergsweg 4.

NB. Zu Bevollmächtigten sind befristigt: in Duisburg G. Brinmann, Untere Mauerstr. 21; Düsseldorf H. Voogen, Dfstraße 113; Ruhrort P. Mahlberg, Louisestr. 300 K.; Elberfeld P. Buchbender, Alexanderstr. 8; Freiberg in Sachsen A. Wagener, Annabergerstr. 257 u. 258; Köln P. Pisinger, Rammberggasse 2; Frankfurt a/D. A. Ganzer.

Ferner ersuche ich alle Bevollmächtigten, maßgebende Adressen von Kollegen solcher Städte, die noch nicht zum Verbands gehören, an mich einzufenden, damit ich die Aufrufe zur Generalversammlung rechtzeitig versenden kann. Der Obige.

Gewerkschaft der Maurer u. Zimmerer.

Presden, 1. Febr. Ein neues Jahr, das fünfte, ist seit dem Bestehen der hiesigen Mitgliedschaft angebrochen. Treu und fest sind wir in den verflochtenen Jahren gestanden zur Fahne der Demokratie, werden auch in diesem Jahre unsere Pflicht voll und ganz erfüllen. Zwar sind wir noch immer eine kleine Zahl von den Tausenden unserer Berufsgeossen und manchmal mochte es den minder mit Ausdauer und Energie gestählten Mitgliedern bedünken, daß alle Mühe, alle Anstrengung, alle Opfer vergebens gebracht seien, daß die große Masse der Maurer und Zimmerer entweder noch nicht reif oder noch nicht bebrüdt genug sei, um Theil zu nehmen an unserm Streben, Theil zu nehmen an dem allgemeinen Kampfe zur Verbesserung der eigenen Lage. Doch dies ist nicht so. Wir sind doch vorwärts gekommen, nicht nur daß wir alle Stürme der letzten vier Jahre glücklich überdauert, und bislang allen berechtigten Anforderungen der Mitglieder nachkommen konnten, nein, wir haben auch bereits einen, wenn auch noch nicht großen Fond angesammelt, und vergrößert sich die Mitgliedschaft trotz Anfeindungen unserer Gegner in zufriedenstellender Weise. Zeigen sich aber trotz des bis jetzt zufriedenstellenden Resultates die Mitglieder nicht saumfelig, sondern agitiren wir mit vereinter Kraft immer weiter und weiter, auf daß auch nicht einer von unsern Berufsgeossen in der Gewerkschaft fehle. Beherzige sich ein Jeder die hier niedergeschriebenen Thatsachen sowie Mahnung, denn gerade die jetzige Zeit zeigt uns wieder, mit welcher Verachtung man uns entgegnet. Erscheine darum ein Jeder in unsern Versammlungen, welche regelmäßig jeden Dienstag Abend in der deutschen Halle stattfinden, um den Betrachtungen über Verbesserung unserer Lage beizuwohnen. Auch ist an diesen Abenden einem jedem Maurer und Zimmerer Gelegenheit geboten, der Krankenkasse beizutreten. Die Krankenkasse ist in verschiedene wöchentliche Unterstüßungen eingetheilt, welche ich hier bekannt geben will:

Bei einem Steuerbeitrag von wöchentl. oder monatl.:	Eine Unterstüßung von wöchentl. oder täglich:
6 Pf.	24 Pf.
10 „	4 Rgr.
12 „	5 „
15 „	6 1/2 „
18 „	7 1/2 „
	1 Thlr.
	1 1/2 „
	2 „
	2 1/2 „
	3 „
	5 Rgr.
	7 1/2 „
	10 „
	12 1/2 „
	15 „

Noch will ich erwähnen, daß diese Krankenkasse die weitgehendste ist, welche unter den Maurern und Zimmerern bis jetzt besteht, indem nie einer der Unterstüßung verlustig wird, welcher sich von hier nach irgendwelcher beliebigen Stadt oder Dorf begibt, nur bloß dann, wenn der Steuerbeitrag sich nicht in Richtigkeit befindet, erlischt das Unterstüßungsrecht. Auch sind wir bereits in allen Städten Deutschlands verbunden, so daß die Steuern sowie Unterstüßungen, ohne vom reisenden wieder einzutreten, abgegeben oder entgegengenommen werden kann. Berufsgeossen solcher Städte in Sachsen, welche noch nicht theilhaftig sind und Anschluß an erwähnte Gewerkschaft wünschen, werden ersucht, sich mit Unterzeichnetem brieflich in Verbindung zu setzen.

Städte außer Sachsen werden nach dem Vorort Braunschweig (Adresse H. Niese, Schöppenstedterstr. 50) verwiesen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Erst Knos, Maurer, Palmstr. 55, 3, b. Linder.

Correspondenzen.

Leipzig. Die Neuwahl für den 13. sächsischen Wahlkreis ist auf Sonnabend, den 28. Februar angelegt.

Leipzig. Wir erhalten folgende Zuschrift:

„An die Redaktion des „Volksstaat“!
Sowohl Sie als die „Frankf. Zeitung“ haben aus den Berichten nationalliberaler Blätter über den Bleichengassen-Krawall-Prozess angebliche Aeußerungen des Herrn Staatsanwalt Fischer wiedergegeben und an dieselben Ihre Bemerkungen geknüpft.

Ich kann Ihnen nun als Verteidiger einiger Angeklagten versichern, daß Herr Staatsanwalt Fischer nicht nur nicht das, was ihm in jenen Berichten nachgesagt wird, geküßert, sondern daß er das direkte Gegentheil von dem gesagt hat. Er hat auf das Entschiedenste hervorgehoben, daß die von dem Polizeileutnant Knobloch ausgesprochene Meinung, „daß durch die in den sozialdemokratischen Volksversammlungen gehaltenen aufreizenden Reden das Volk zu solchen Ausschreitungen veranlaßt werde,“ als jeder Begründung entbehrend zurückgewiesen werden müsse.

An einer anderen Stelle seines Vortrages hat Herr Staatsanwalt Fischer auseinandergesetzt, daß hier nicht der Ort sei, nach dem Ursprunge der betrübenden Erscheinung zu forschen, daß der Geist, der unsere Bevölkerung und zwar nicht nur der niederen Klassen beherrsche, kein guter sei. — Andere Aeußerungen über unsere sozialen Zustände sind nicht gethan worden.

Im Interesse der Wahrheit ersuche ich Sie ergebenst, vorstehende Berichtigung, zu welcher ich mich übrigens von Herrn Staatsanwalt Fischer habe ermächtigen lassen, in Ihrem nächsten Blatte abjudrucken.

Mit bestem Grusse
Ihr ergebener

Leipzig, 13. Febr. 74. Rechtsanw. Freitag.

Leipzig. (Aus dem 13. Wahlkreis.) Die Versammlungen, welche bisher unser Candidat Brade abgehalten hat, waren alle vom besten Erfolg begleitet und es herrschte großer Eifer unter den Arbeitern. Das Arbeiterfest zu Großschöcher am letzten Sonntag bewies glänzend, daß durch die Ablehnung Jacoby's dessen Wähler durchaus nicht „überdrüssig“ geworden sind, sondern mit frischem Muth an die Arbeit gehen. Das Gleiche zeigten die Versammlungen zu Taucha, zu Lindenan und zu Stötteritz, wo Brade in stets dichtgefüllten Lokal sein Programm entwickelte und mit sympathischem Beifall begrüßt wurde. Wie sehr die Agitation Brade's gewirkt hat, beweist am Besten der Umstand, daß bereits das „Leipziger Tageblatt“ seinen Schmaß nach ihm zu werfen beginnt. Herr Hüttner, der armelige Held der Scheere, der den politischen Theil seines Blattes aus verschiedenen anderen Blättern zusammenraubt und damit seine geistige Armut dokumentirt, behauptet, die Reden Brades — von denen er noch gar keine gehört hat — beständen aus „gemöhnlichen Schlagwörtern“. Lassen wir ihm sein Vergnügen; mit journalistischen Abschüßeln geben wir uns nicht viel Mühe, namentlich wenn sie so alberne Bemerkungen machen, auf die man nicht mit der Feder, sondern höchstens mit spanischen Röhrchen antworten könnte, wenn man es der Mühe für werth hielte. Hüttner schreit, daß Brade in allen drei braunschweigischen Wahlkreisen „gründlich“ (!) durchgefallen sei. Wirklich, Herr Hüttner? Sie haben nichts von den 16,000 Stimmen gehört, die Brade erhalten hat? — Sie artiger Schelm! Sie haben wohl einen schlechten Witz machen und den allerdings „gründlich durchgefallenen“ Professor Birnbäum ein wenig trösten wollen? Wohl bekomms ihm; wir wollen Ihnen Ihre Dummheiten vergeihen!

Berlin, 16. Februar. So ein bißchen Reichstag ist doch gar wunderschön, das heißt von ferne gesehen, denn in der Nähe schwindet dieser Körperlichkeit, wie jedem in der Einbildung besitzenden Gotte, aller Nimbus. Schon seit zehn Tagen weilen die deutschen Reichsboten beieinander, sind aber in dieser Zeit wenig bemüht gewesen, durch besondere Aufmerksamkeit während der Verhandlungen die Würde des „Hauses“ nach außen hin zu wahren. Doch dies hat seinen guten Grund. Ein Blick hinter die Coulissen erklärt alles. Da sind die Sitzungen der Fraktionen, die parlamentarischen Vereinigungen, soll heißen Kneipereien, und die gemüthlichen Abende bei Bismarck, welche zusammen Zeit und Gelegenheit genug bieten, um sich über das zu einigen, was den Ja Liberalismus selig und die preussische Regierung absolut „stark“ macht.

Der wichtigste Beschluß, welchen der Reichstag bis jetzt faßte, bezieht sich auf die Forderung der Diäten für die Reichstagsmitglieder. Wiederum wurde dieser Antrag von der Fortschrittspartei gestellt, doch von mehr Stimmen angenommen, als je vorher (229 gegen 79). Seitens der Sozialdemokraten sprach Weid für die Diäten. Daß er während dieser Rede nicht nach Petroleum duftete, schien manche Abgeordnete staunig zu machen. Witzblätter oder solche, die es sein sollen, machen sich trotzdem das „Petroleum“ zu eigen und bekunden damit, daß sie dem üblen Geruche sehr gewogen sind.

Heute war der Reichstag auffällig stark besucht, wahrscheinlich weil die 16 Esässer erschienen sind. Diese Herren, meistens Geistliche, haben die äußerste Rechte im Hause besetzt und bei ihrem Eintritt an's Präsidium einen Antrag gelangen lassen, in welchem sie fordern, daß die annectirten Esässer und Pothringer darüber abstimmen sollen, ob sie annectirt sein wollen oder nicht. Ohne Zweifel wird der Antrag unter „Heiterkeit“ abgelehnt. Ich sage Heiterkeit, denn den Nationalliberalen scheinen ihre weisen Handlungen als Komödie, also lustig, vorzukommen. Außer den Esässern nahm heute der Militärgesentwurf alle Aufmerksamkeit in Anspruch. Was dieser Entwurf will, ist bald gesagt: den ausgesprochenen Militärstaat und zwar in Permanenz. Wie die einzelnen Fraktionen sich zu diesem Entwurf stellen, war annähernd aus der Debatte zu ersehen. Leider kam keiner von unsern Freunden zum Wort, da der Schluß der ersten Lesung und Ueberweisung an eine Commission beliebt wurde. Zum Wort gemeldet hatten sich Wotteler und Wost, bereit, mit schwerem Geschütze die Säulen des fraglichen Gesentwurfes anzugreifen. Die Verathung leitete der Kriegsminister v. Rameke ein, versichernd, daß das Militär auch zur Wahrung der bürgerlichen Interessen“ diene. Die Fortschrittspartei ließ durch Richter-Hagen in einständiger Rede erklären, daß sie zu dem eisernen Friedensbestand von 402,000 Mann sich ablehnend verhalten müßte, auch forderte sie eine längere Dienstzeit (2 Jahre). Der große Schweizer Wotteler hielt eine Rede für die Vorlage. Er sprach eine halbe Stunde lang und zwar so, als ob er sich in einer conservativen Bollwerkversammlung befände. Das sonderbarste in seiner Rede war die scheinbar naive Behauptung, er wüßte nicht, was wir mit einem eroberten Stücke Rußland oder Frankreich machen sollten, gerade als ob das Annectiren nicht von jedem Unteroffizier gepredigt würde. Der conservative Graf Bethusy-Huc ritt den von Wost in die Arena geführten Schimmel, genannt „Verteidigung des Vaterlandes nach innen und außen“, weiter. Derselbe steht im Militärsystem einen untrennbaren Theil des Rechtsstaats und hält dasselbe für die Vorbedingung des freien Staats überhaupt — kein Wunder, denn die Conservativen gehören zu denen, welche die Regierungsvorlagen verschlucken, bevor sie auch nur vom Reichstag ein wenig an Brauspieß der Kritik geröstet worden sind. — Halenclever sprach sehr zahm, trotzdem hörte ihn das „Haus“ nicht ruhig an, sondern heiterleitete nach gewohnter Weise. Dasselbe will kein Feind des Reiches sein und stimmt für einjährige

Wienzeit, welche schon früher von der Fortschrittspartei gefordert wurde. Wir sind der Meinung, daß es besser ist, im Reichstage die faulen Stellen des heutigen Staats mehr bei ihrem Namen zu nennen und — na, es wird daran hoffentlich bald die Reihe kommen. — Paster sprach heute nur eine knappe Stunde lang, was ungefähr 3000 Meter ausmacht. Er blieb fast ohne Beifall, woraus sich ergibt, daß die Ja-Liberalen selbst seine kritische Sauce für überflüssig hielten. Sie sind jetzt schon so weit, daß sie den Militärstaat ohne irgend einen Zierath, nackt und bloß, gutheissen. Wer dies bisher noch bezweifelt hat, der ist sicherlich durch ihre freche Haltung während der heutigen Rede Molke's völlig geheilt worden. „Ja und Amen“, das ist jetzt noch alles, was sie sich vorbehalten. Mit einer Rede des Professor Oeist, welcher weiter lauderte, schloß die Diskussion der ersten Lesung und somit sei's erlaubt, auch hier für heute zu schließen, mit dem Versprechen, in einigen Tagen weitere Mittheilungen zu machen.

Berlin. In der am 12. Febr. hier stattgehabten geschlossenen Mitgliederversammlung, auf deren Tagesordnung vorzüglich die Nachwahl im hiesigen 4. Wahlbezirk stand, wurde, nachdem hervorgehoben war, daß ein selbstständiges Vorgehen für uns nicht rathsam nach den bisherigen Erfolgen, und daß diese Nachwahl, da sich nur die Fortschrittspartei und der Allgemeine deutsche Arbeiterverein gegenüberständen, als eine Stichwahl zwischen Bourgeois- und Arbeiter-Candidaten zu betrachten sei, (welchen letzteren wir doch immerhin, gehöre er auch einer anderen Fraction an, unterstützen müssen), folgender Beschluß einstimmig gefaßt: Die heutige Versammlung geht zur Tagesordnung über indem sie erklärt, die Partei als solche tritt bei der Nachwahl nicht in den Wahlkampf und überläßt es den hiesigen Parteimitgliedern, für Hasenclever zu stimmen oder sich der Abstimmung zu enthalten. Mit sozialdemokratischem Gruß Franz Ascher, Schriftführer.

Ludenwalde, 10. Februar. (Wahlbericht.) Die Reichstagswahlen sind vorüber und halten auch wir es für unsere Pflicht, den Parteigenossen ein Bild über die Agitation und den Wahlkampf in hiesiger Gegend zu geben.

Die beiden Kreise, welche hieselbst bei der Reichstagswahl einen Kandidaten zu wählen haben, bestehen außer Ludenwalde fast ausschließlich aus landwirtschaftlicher Bevölkerung und ist auch in Folge dessen immer der conservative Rittergutsbesitzer von Wagdorf als Sieger aus der Urne hervorgegangen. Wir bildeten ein Agitationscomité, welches das Feld sondiren sollte, dasselbe richtete sein Augenmerk zuerst auf Kloster Zinna und Jüterbog sowie die umliegende Gegend, woselbst auch bald Volksversammlungen stattfanden, zu welchen die Berliner Parteigenossen bereitwillig die Referate übernahmen. In beiden Städten wurden auch Parteimitgliederschaften gegründet, in ersterer jedoch sofort der Vertrauensmann hinweggemögelt und wollte sich nun auch Niemand wieder dazu hergeben, diesen Posten zu übernehmen; sodann ging es nach Dahme, woselbst am ersten Pfingstfeiertage durch Parteigenosse Ed. Bernstein aus Berlin eine Mitgliedschaft gegründet wurde. Dieselbe hat bis jetzt recht sonderbare Schicksale durchgemacht gehabt, denn es ist jetzt dort der flüchtige Vertrauensmann, drei davon wurden hinweggemögelt, während sich der vierte durch seine Unmoralität in Dahme selbst unmöglich machte. Von dort ging es nach Treuenbrietzen, worüber Bernstein schon früher berichtet hat. Soweit waren wir, als die Wahl mit Riesenschritten heranrückte, jetzt drehte sich die Frage zuerst um die Kandidatur, denn es war höchst nothwendig, daß der aufzustellende Kandidat den Wahlkreis selbst bereise und nirgendwo wollte sich Jemand finden, bis wir unsere Hilfe von hier her bereit erklärten den Kampf anzunehmen. Man ging es frisch ans Werk und wurden im Ganzen unter thätiger Mithilfe der Berliner Parteigenossen für die Reichstagswahlen 21 Volksref. Wählerversammlungen im Kreise abgehalten, welche meistens von besten Geistes besetzt waren, jedoch hat auch wohl kaum ein Bezirk mehr über politische „Ordnungsfragen“ zu klagen, als der unsere, denn in Grünau, Dorf Zinna, Felgentreu, Woltersdorf und Gänikendorf schrieb der Wirth bald nach der politischen Anmeldung das Lokal ab, in beiden erstgenannten Orten bekamen wir zum Glück noch Privatlokale, nur mußten wir die Anmeldung noch einmal bei dem 2 Stunden von hier entfernten Rentamt machen, in den andern abgelegenen Orten fanden Privat-Besprechungen statt. Was Ludenwalde speziell betrifft, so machten uns hier die Bourgeois den Boden äußerst locker und brauchten wir nur den Saamen hineinzustreuen. Dieselben beriefen nämlich zu Mittwoch, den 17. Dezember, Abends 8 Uhr eine allgemeine Wählerversammlung ein, um die Aufstellung eines Kandidaten zu bewirken, die Arbeiter waren massenhaft am Plage und zum Entsetzen der Herren kam das Bureau in unsere Hände. Jetzt war guter Rath theuer, der Bourgeois-Kandidat war bei einer Abstimmung glänzend durchgefallen, da unser Ehrhardt schon in Vorschlag gebracht war und so wurde ein Antrag: „Die beiden vorgeschlagenen Kandidaten sollten in einer zwischen Weihnachten und Neujahr einzuberufenden Wählerversammlung ihr Programm erläutern“, angenommen. Nun glaubten die Herren Bourgeois, sie hätten uns aus dem Sattel gehoben, jedoch weit gefehlt. Die projectirte Versammlung fand am Montag, den 29. Dezember, Abends 8 Uhr statt und eine Stunde vorher war schon kein Pläzchen mehr zu finden. Kopf an Kopf standen die Arbeiter da, hin und wieder untermischt mit einem feinsten Bourgeoisgeist. Der Kampf begann, das Bureau kam selbstverständlich in unsere Hände, zuerst kam der national-liberale Oberregierungsrath v. Dieberich, da derselbe noch selbigen Tages abreisen wollte, zum Wort. Derselbe gab das Versprechen, er werde fest und treu zur deutschen Politik des Fürsten Bismarck halten, er sei auch recht sparsam, werde jedoch für die Mehrforderung beim Militäretat stimmen, denn er könne sich nicht verhehlen, daß Deutschland ringum von Feinden umlagert sei, und sei es daher nothwendig, eine immer schlagfertige Armee zur Verfügung zu haben. Das war im Wesentlichen Alles, was der gute Mann sagte; jetzt kam unser Ehrhardt an die Reihe, derselbe erläuterte in ruhiger, klarer und jetermann verständlicher Weise unser Programm, welches auch von den Arbeitern mit der größten Begeisterung aufgenommen wurde, und war, wie die Wahl beweist, diese Begeisterung keineswegs eine vorübergehende, es wurden hier im Ganzen abgegeben 1,539 Stimmen, davon erhielt Ehrhardt 1016, v. Dieberich 465 und v. Wagdorf 58.

In Stadt Reulitz wurden 3 Versammlungen abgehalten, in der ersten sprach Ehrhardt, in der zweiten Bernstein, Baumann und Heinsch aus Berlin, welche auch eine Mitgliedschaft gründeten und in der dritten wieder Ehrhardt. Treuenbrietzen hatte vier Versammlungen und sprach dortselbst Dreßler, Ehrhardt, Bernstein, Baumann und Heinsch; in Dahme konnte nur eine Versammlung abgehalten werden, daselbst sprachen Wille aus Berlin und Ehrhardt; in Zinna und Jüterbog konnten, da sämtliche

Gastwirthe ihre Lokale verweigerten, keine Versammlungen stattfinden; trotzdem erhielten wir in Jüterbog durch die rastlose Thätigkeit der dortigen Parteigenossen 80 Stimmen, in Zinna 68 und Dieberich 73, v. Wagdorf keine. Auch die Agitation auf dem Lande war theilweise vom besten Erfolg begleitet, so erhielten wir z. B. in Aufsdorf 36 und die Gegenkandidaten 24 Stimmen. In Ludenwalde haben die Arbeiter voll und ganz ihre Schuldigkeit gethan. Die Wahlkosten betragen in runder Summe 80 Thlr. und sind dieselben nur von hiesigen Arbeitern aufgebracht worden. Fürten wir mehr Geld und agitatorische Kräfte zur Verfügung gehabt, so wäre das Resultat jedenfalls anders ausgefallen, so mußten wir uns jedoch nach unseren Mitteln richten und blieben somit folgende Städte gänzlich liegen: Baruth, Belgig, Nimny, Brück, Sarmund und Berber, demnach trafen wir uns bis zur nächsten Wahl weder Ruhe noch Rast gönnen. Es gilt vorbenannte Orte zu organisiren und in den Städten wo Mitgliedschaften bestehen, dieselben zu befestigen, damit in 3 Jahren auch unser Kreis einen Sozialdemokraten in den Reichstag schickt. Jetzt auch noch was über die Stichwahl zwischen v. Dieberich und v. Wagdorf. Am Sonnabend, den 17. Januar beschloßen die Parteigenossen, sich der Abstimmung zu enthalten; am Mittwoch, den 21. Januar beriefen die Liberalen eine Versammlung ein, um für ihren Kandidaten Propaganda zu machen und zeichneten sich die Herren Maßbürger in derselben, da die Arbeiter sich an unsern Beschluß haltend nicht erschienen waren, durch die ihnen eigene Rohheit aus; indem ein Herr, als man unsern Parteigenossen Max Busse, welcher den Herren ihre politische Schönfärberei vorhielt, drei Mal niedergebrellt hatte, diesen mit den Worten empfing: „Jüngling, hätt' ich mein Federmesser bei mir, Dir so einen Riß durch die Gurgel.“ Wir beriefen auf Montag, den 26. Januar Abends eine Volksversammlung ein, mit der Tagesordnung: „Was ist Liberalismus, was ist Sozialismus und wie verhalten wir uns bei der Stichwahl. Die Ausführungen der drei Referenten Ehrhardt, Busse und Dreßler wurden von der nahezu 2000 Köpfe zählenden Versammlung mit Beifall aufgenommen und zeigte sich auch die Erkenntniß bei der Wahl im schönsten Lichte, denn es wurden im Ganzen nur etwas über 600 Stimmen abgegeben.

Welchen Einfluß die Wahlbewegung auf die hiesige Parteibewegung gehabt hat erhellt daraus. Vor der Wahl zählte unsere Mitgliedschaft einige 40 Mann, während dieselbe jetzt auf 150 gestiegen ist; auch sind viele Abonnenen für das Parteiorgan gewonnen. Nun, wir werden Alles thun, den gewonnenen Boden zu behaupten und immer neuen Boden dazu zu erobern. Es gilt der Erlösung der Menschheit. Es gilt der Arbeitersache.

Reutlingen. In Nr. 14 des „Volksstaat“ befinden sich unter „Reichstagswahlen II“ einige Punkte, welche die hiesigen Mitglieder der Partei veranlassen, ihre Handlungsweise in Betreff der Reichstagswahlen darzulegen, um die Parteigenossen anderwärts nicht in dem Glauben zu bestärken, als seien sie in dem Wahlkampfe nur gleichgültige Zuschauer geblieben. Die Arbeiter beginnen wohl heller zu werden, fangen an, über ihre Lage nachzudenken, doch ist der Boden sehr schwierig zu bearbeiten. Als die einzige Mitgliedschaft im ganzen Wahlbezirk, ausgerüstet mit sehr spärlichen Mitteln und schwachen agitatorischen Kräften, also ohne die Bedingungen zu besitzen, eine Agitation entfalten zu können, wie sie, besonders bei einem erstmaligen Auftreten bei einer solchen Wahl, nothwendig gewesen wäre, glaubten wir der Partei am meisten nützen zu können, wenn wir durch unsere Beiträge die Centralkasse unterstützen und — dem dringenden Verlangen der Parteigenossen des 5. und 10. Wahlkreises entsprechend — in jenen Bezirken durch unsere Mitwirkung ein günstigeres Wahlergebnis mit erzielen helfen. Dies den auswärtigen Parteigenossen zur Aufklärung über unser Verhalten bei den Reichstagswahlen.

Mit sozialdemokratischem Gruß Der Vertrauensmann.

Fond zur Wahl Brades's.
Von Arbeitern der Sattler- u. Rauchhütten Eigarrenf. hier Thlr. 1 9, v. E. E. R. in G. 5 Thlr., A. Kretschmar Dorfmann 1 Thlr., Soz.-dem. Arb.-Part. Hannover Thlr. 7 12, v. Arbeitern d. Ritter'schen Eigarrenf. hier Thlr. 2 22, Soz.-dem. Arb.-P. Gillingen 2 Thlr., durch Hutensöhne in Altona 2 Thlr. Im vollen Bewußtsein der Solidarität unserer Interessen übersehen die Parteigenossen von Lichtenslein-Gallenberg, weichen arme Weber, einen Beitrag von 3 Thlr. zur Wahl Brades's. „Glück auf zum Sieg!“ Im Auftrag B. Reinhold. Müller Grimma 10 Thlr., Holzgerjew. hier Thlr. 1 10, Forster Parteigenossen v. Paul Thlr. 1 20, beim Kränzchen der Drechsler hier d. Sch. 2 Thlr., v. Schr. 5 Gr.

Fond für pol. Gemafregelte.
B. E. L. in Bremen 10 Gr.

Briefkasten
der Redaction. Nach Kaiserlautern: Wird besorgt. R. S. Bielefeld: Ihre Ansichten sind die unsrigen; aber wir müssen jetzt alle Aufmerksamkeit auf die Neuwahl richten. Das Andere ist bis dahin nebensächlich. R. B. in Jwidau: Daß wir auf die zwei Heften des „Wochenblattes“ mit einem ganzen Artikel antworteten, ist unser Erachten dieses schwärzlichen Blättchen denn doch nicht werth. Wir werden es bei einer besseren Gelegenheit über den Bod spannen. Mitgliedschaft b. Mansf. Hade- und Handarb.-Gew. in Braunschweig: Wir haben ihre Beschwerde an den Ausschüß der Gewerkschaft abgehandelt. R. E. u. B. bei Ogerote: Die Klassensteuer ist nach wie vor bestehen geblieben. Bei einem Einkommen von 1001 Thlr. beginnt die classifizierte Einkommensteuer. Leute, die unter 140 Thlr. jährlich Einkommen haben, sind frei. Es ist das die frühere Klassensteuereinfache 1 a. Ueber die zweite Frage sind wir selbst nicht genau informirt, glauben aber, daß in aller erster Reihe in Preußen Communalsteuern zu zahlen sind.
Zur Noth nach Vörsch: Wenn ihr wegen vermutheter Unthätigkeit in den Wahlartikeln angegriffen werdet, seid ihr selbst schuld, denn ihr habt trotz mehrmaliger Aufforderung, die an alle Parteigenossen gerichtet wurde, nichts von Eurer Thätigkeit hören lassen. Aus demselben Grunde sind die Gleichen Parteigenossen mit Recht angegriffen worden, die, wie sich nachträglich herausstellte, für Viebzucht 160 Stimmen zusammengebracht.
Der Expedition. Schrö Gohlis Ab. Jan. Gr. 5 5. D. Rth. Lichtenslein-Gallenberg Schr. Thlr. 1 4 4. Sd. Bremen Schr. 2 Thlr. Spdr. Lausig Schr. Thlr. 1 20. Ppols Jombar-Ungern Ab. 17 Gr. Landt Gotha Schr. Gr. 12 1. Wrin Berlin Schr. 5 Gr. Bch. Osnabrück Ab. 1. Du. 15 Gr. Cmn Spandau Schr. 3 Thlr., Ann. 6 Gr. Arb.-Part. Hannover Ann. 28 Gr. Arb.-Part. Altona Ann. 5 Gr. Pz Ludenwalde Schr. Thlr. 6 24 5. Hldein Altona Schr. Thlr. 4 6. Bz Kaufmann Schr. Thlr. 1 2 6. Grbz Markewen Schr. Thlr. 1 1 5. Blnk Altona Schr. 1 Thlr. Hbr Neu-Ulm Schr. Gr. 28 7. Ent Dresden Schr. 19 Gr. Eppst hier Schr. Gr. 20 5. Arb.-Büd.-Berein Prohny Ab. Thlr. 1 8. Brdm Gotha Ab. Dec. 5 Thlr. Epl Wien Schr. Thlr. 1 20. Rd. Row-Nork Schr. Gr. 8 8. Hgman Altona Schr. 3 Thlr. Aus Bremen erpellen wir eine Bestellung auf Schriften, da aber Name und Adresse des Bestellers fehlt, kann selbe nicht effectuirt werden. F. Bische Osnabrück: Sie haben für Ab. noch 10 Gr. zu bezahlen Kreuzbandb. wöchentl. 1 mal kostet für Deutschland 25 Gr. Postabonnement ist freis das billigste.

Berichtigung.
In der „Politischen Uebersicht“ der Nr. 19 muß es S. 1, Sp. 2 in der Mitte des ersten Absatzes Rillisch heißen, statt Willardchen.

Berlin Verein der Sattler und Berufsgenossen.
Sonnabend, den 21. Februar, Abends halb 9 Uhr, bei Carius, Prinzenstr. 72. — L.-D.: Vortrag des Herrn B. d. Vereinsangelegenheiten. Henke, Vertrauensmann.

Berlin Gewerkschaft der Manufakturarbeiter.
Sonntag, den 22. Febr., Oeffentliche Mitgliederversammlung, Frankfurterstr. 77. — Vortrag des Reichstagsabgeordneten J. Rotteler.
Um zahlreiche Theilnahme bittet Der Vertrauensmann.

Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 21. Febr., Abends 8 Uhr, Versammlung bei H. Derosche, Köpckeplatz 145 a. — Vortrag von Herrn Rita u. Beschleides. D. B.

Breslau Arbeiterverein.
Sonntag, den 22. Febr., Abends von 6 Uhr ab: **Gesellige Zusammenkunft mit Damen**
im Saale des Hotels „Zur Nova“, Grünbaumbrücke, 1 Treppe links. Eine recht zahlreiche Theilnahme von Mitgliedern und Gästen erwartet Der Vorstand.

Gohlis Arbeiterverein.
Donnerstag, den 19. Februar, Abends halb 9 Uhr: Mitgliederversammlung im Bierthunel.

Gohlis Wählerversammlung.
Sonnabend, den 21. Februar, Abends halb 9 Uhr: in der Oberschenke. — Tagesordnung: Die Reichstagswahl. Referent: Reichstagskandidat Wilsch. Bracke aus Braunschweig.

Hamburg Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Montag, den 23. Febr., Abends präc. halb 10 Uhr: **Geschlossene Mitgliederversammlung**
bei Herrn Hausch, Schauenburgerstr. 14. — L.-D.: Abrechnung. Verschiedenes. — Karten sind vorzulegen.
Ersuche die Controlcomite am Plage in sein. Praas.

Hannover Metallarbeitergewerkschaft.
Montag, den 23. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung der Mitglieder bei Herrn Kellermann, Kreuzstraße Nr. 10. Tagesordnung: Vortrag und Diskussion. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Bevollmächtigte.

Leipzig Aufruf!
Die Mitglieder des sozial-demokratischen Arb.-Bereins wie Freunde und Gefinnungsgenossen, welche künftigen Sonntag sich bei Austragung der Wahlanfrage und Stimmzettel im 13. Wahlkreis betheiligen wollen, werden ersucht sich **Freitag den 20. Februar Abends 9 Uhr** im Vereinslokal bei Sabin, Turnerstraße Nr. 3 (Saal) zahlreich einzufinden. Das Comité.

Leipzig Der Arbeiterbildungsverein
feiert Sonnabend, den 21. Februar in den Räumen der „Tonhalle“ sein

13. Stiftungsfest,
bestehend in Jahresbericht vom Vorsitzenden, Festrede vom Reichstagsabgeordneten A. Geib aus Hamburg, Bokal- u. Instrumentalkonzert u. Ball.
Freunde und Gönner des Vereins sind zu zahlreicher Theilnahme freundlichst eingeladen. Der Vorstand. [3c.]

Martranzstadt im Thüringer Hof:
Sonntag, den 22. Febr. Nachmittags 3 Uhr: **Große Volksversammlung.**
Tagesordnung: Die Ablehnung Dr. Johann Jacoby's und die Neuwahl zum Reichstage. Referenten: Reichstagskandidat W. Bracke jun. aus Braunschweig und W. Bloß aus Leipzig.

Rowawes Gewerkschaft der Stahlarbeiter.
Sonnabend, d. 21. Febr., Abends 8 Uhr, Versammlung bei Herrn Schwarze. — L.-D.: Wichtige Angelegenheiten. Verschiedenes u. Fragekasten. Der Vertrauensmann.

Strasburg Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Sonntag, den 22. Febr., Nachmittags 2 Uhr: **Geschlossene Mitgliederversammlung**
in der Brauerei-Bogelgasse, Schellenstr. — L.-D.: Regelung von Partei-Angelegenheiten. — Vorziehung der Karten.
Lindorfer wird aufgefordert zu seiner Theilnahme zu erscheinen.
Im Auftrage der Mitgliedschaft: Adam Jung.

An die Parteigenossen für Rheinland und Westphalen!
Das unterzeichnete Comité macht hiermit bekannt, daß am 29. Febr. Morgens 11 Uhr im Lokale des Herrn Friedr. Bick (vormals Julius Hartlof) eine Delegirten-Conferenz sämtlicher Mitgliedschaften Rheinlands und Westphalens stattfinden wird, zur Rechnungsablage und weiteren Organisirung der Agitation, weshalb wir alle Mitgliedschaften dringend eruchen, ihre Delegirten dafür zu wählen.
In demselben Lokale findet Nachmittags 5 Uhr eine große Volksversammlung mit der Tagesordnung: Die Forderungen und die Ziele der sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt.
Um recht zahlreiche Theilnahme bittet Das Agitationscomité für Rheinland und Westphalen.
Erla, den 16. Februar 1874.

Das Sullager
von **Quirin Anton Fischer jun.**
Grimmaischestraße Nr. 24 Ecke der Ritterstraße
empfehle seine reiche Auswahl von Filz- und Seidenhüten und verspricht bei reeller Bedienung die billigsten Preise. [Don. So]

Bekanntmachung!
Wir erlauben uns unsern geehrten Geschäftsfreunden hiermit ergebenst anzuzeigen, daß die Generalversammlung am 1. Februar a. c. Friedrich Wilhelm Frisch als Vorsitzenden, Friedrich Engel als Kassier, August Wilsch, Döhn als Betriebsdirektor, Salomo Träger und Herwig Vogel als Revisoren erwählt hat und daß der Betriebsdirektor wie je zuvor giltig für die Genossenschaft zeichnet.
Gedachtungsloos:
Rüfen St. Atlas, am 9. Februar 1874.
Der Verwaltungsrath der Konsum-Genossenschaft Rüfen St. Atlas:
Aug., Wilsch, Döhn, Betriebsdirektor.

Arbeits-Hosen.
Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
„ Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
„ Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.
„ Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.
„ Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27 1/2 Sgr.
empfohl
Louis Guttman
[J. JN] No. 24 Grimmaische Strasse No. 24.

Leipzig: Servant. Redakteur: M. Freißner. (Redaktion und Expedition Zeigerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei